Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Bei Postbezug vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 250. | Dresden, Sonnabend den 26. Oktober 1912. | 23. Jahrg.

Massenkundgebung für den Weltfrieden!

Arbeiter, Parteigenossen! Auf dem Balkan lodern die Fackeln des Krieges. Alle Versprechungen der Diplomaten, den Frieden zu erhalten, sind zunichte geworden. Leichtfertig wäre es, auf die Diplomatie zu vertrauen, daß sie den Frieden Europas zu bewahren imstande sei. Die Zwistigkeiten zwischen den Regierungen der kapitalistischen Staaten stellen die Völker vor

die Gefahr des furchtbarsten Weltkrieges!

In diesen kritischen Zeiten muß das arbeitende Volk seine Stimme laut und machtvoll gegen den Krieg und die Kriegstreibereien erheben. Die Sozialdemokratie allein ist der Hort des Weltfriedens. Im ganzen Reiche, in allen Ländern muß sie ihre Stimme durch gewaltige Kundgebungen gegen die drohende Gefahr des Weltkrieges.

Auch in Dresden findet nächsten Donnerstag den 31. Oktober eine

große Friedensdemonstration

statt, über die in der nächsten Nummer unserer Zeitung näheres bekanntgegeben wird. In den kommenden Tagen gilt es deshalb, Massenkundgebung vorzubereiten. Das Proletariat muß auf der Wacht sein und seine Stimme erheben

für Kultur, für Menschlichkeit, gegen Krieg.

Rüstet zur Friedensdemonstration!

Die Fleischnot vor dem Dreiklassenhaus.

Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg verweigert es, den Reichstag zur Beratung über die Ernährungsfragen des Volkes einzuberufen. Statt dessen läßt er im Hause des elendesten aller Wahlrechte, im Hause derer, die von der Volksnot allen Nutzen kultivieren. Das ist allerdings bequemer und angenehmer. Im Hause der Junker und Klerikalen hat die Regierung eine gesicherte große Mehrheit zur Verfügung und kennzeichnet das Wesen des Dreiklassenhauses — selbst was die Parteien vollziehen dort noch weit mehr als im Sinne ihren Anschluß an die herrschende agrarische Politik. Als der Reichstag im März d. J. der sozialdemokratische Antrag auf Beseitigung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes mit großer Mehrheit fand, erklären in der preußischen Herrenhaus-Debatte die Vertreter derselben Parteien, die dort zur Ablehnung mitwirkten, Nationalliberale und Zentrumsleute, als entschiedenste für die Beibehaltung des § 12! Diese Parteien sind unter dem Schutz des Klassenwahlrechts noch ein gutes Stück reaktionärer als da, wo sie vor einem gemeinen Wahlrecht der Wähler denn doch etwas Rücksicht nehmen müssen. Die Regierung des Herrn Bethmann-Hollweg freut sich dieser Tatsache und nutzt sie in großem Umfange aus, um jede durchgreifende Maßnahme zugunsten der Volksmasse abzulehnen. Die Verweigerung aller wirklichen Hilfsmaßnahmen gegen die Fleischnot — das ist der Anfang und das Ende aller Beratungen, in denen sich der preußische Ministerpräsident und der preußische Landwirtschaftsminister im holden Verein mit den Vertretern der Konservativen, der Klerikalen und einer Minderheit der nationalliberalen Partei ergingen. Was die Regierung bisher an Hilfsaktionen getan hat, das sei das Maximum, was getan werden könne, darüber hinaus soll nichts geschehen.

Es kennzeichnet die Haltung der preußischen Regierung, unter deren Kommando zugleich die Reichsregierung steht, daß selbst Herr v. Heydebrand mit der bisherigen Politik einverstanden ist. Jüngst richteten die Bündler in ihrer Tageszeitung einige Pfeile gegen den Herrn Bethmann-Hollweg. Aber die konservative Partei hat versichert, daß ihrer Interessenpolitik keinerlei Gefahr von diesem Reichskanzler droht, und so befand sich auch dieser Partei in rührender friedfertiger Gemeinschaft der Regierung.

Der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident weiß, wie sich versteht, die Ablehnung ernsthafter Maßnahmen zugunsten der Volksernährung durch allerlei patriotische und landwirtschaftsfreundliche Darlegungen zu beschönigen. Die Aussperrung des ausländischen Gefrierfleisches mit Gesundheitsgefahren zu begründen, das wagte Herr v. Bethmann angesichts der offenkundigen Tatsachen jetzt nicht mehr. Er verweigert den Einlaß dieses Fleisches über die deutschen Grenzen, indem er behauptet, es werde dadurch die heimische Viehzucht in ihrer Entwicklung und zugleich die Unabhängigkeit Deutschlands vom Auslande schwer bedroht. In Wahrheit sind das Schreckgespenster zum Schutz der junkerlichen Profitpolitik. Zum Schutze und zur Entwicklung der deutschen Viehzucht gibt es mancherlei Maßnahmen, die nicht den Nachteil der maßlosen Verteuerung des Fleisches für die konsumierende Bevölkerung herbeiführen. Allein die Herabsetzung der Futtermittelzölle, ferner die Herabsetzung der Industriezölle und der Konsumsteuern auf Salz, Zucker, Kaffee u. s. f. würden dem viehzüchtenden Bauern mehr eintragen als die jetzige Grenzsperre und die hohen Vieh- und Fleischzölle. Der Reichskanzler übersah vollständig, daß nicht die Vieh- und Fleischzölle, sondern die Kornzölle den Hauptinhalt der deutschen Hochschutzzollpolitik ausmachen. Die maßlos hohen Roggen- und Weizenzölle, dazu das System der Einfuhrscheine, schädigen nicht bloß die industriellen Konsumenten, sondern ebenso die bäuerliche Kleinwirtschaft.

Weiter hat der Reichskanzler verschiedene Gesetzesvorlagen zur „inneren Kolonisation", zur Urbarmachung der oldenburgischen Moore und zur Vermehrung bäuerlicher Ansiedlungen in Aussicht gestellt. Es handelt sich da zum Teil um Maßnahmen, die, wenn auch gewiß nicht so, wie es jetzt der Reichskanzler meint, gerade von der Sozialdemokratie seit jeher lebhaft befürwortet worden sind. Aber warum haben denn die Regierungen nicht längst für die Kultivierung des Bodens und für die Hebung der Landwirtschaft mehr getan? Die Regierungen haben stets nur vorwiegend Großgrundbesitzerpolitik und Fideikommißpolitik betrieben. Wenn sie jetzt mit dem schönen Schlagwort der „inneren Kolonisation" umgehen, so wollen wir erst einmal ihre Taten abwarten. Vorläufig erscheinen diese Ausführungen des Reichskanzlers lediglich als ein Manöver, um der Frage zu entfliehen, wie gegenwärtig der Notstand weitester Bevölkerungskreise zu lindern ist. Es handelt sich wieder um Vertröstungen auf die Zukunft, mit denen das Volk seit vielen Jahren abgespeist wurde.

Das aber wird sich das werktätige Volk nicht gefallen lassen. Die Vorgänge im Dreiklassenhause werden das Volk Preußens nur in der Ueberzeugung bestärken, daß dieses Parlament, geboren aus Unrecht und Unsinn, gänzlich unbefähigt ist, den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Massen auch nur im mindesten gerecht zu werden!

* * *

Bericht aus dem Abgeordnetenhaus.

Berlin, 25. Oktober.

Nach Erledigung der Präsidentenwahl stehen auf der Tagesordnung die Interpellationen zur Fleischfrage.

Die Fragen der Nationalliberalen lauten: a) In welcher Art und mit welchem Erfolge sind die von der Regierung angekündigten vorübergehenden Maßregeln gegen die Fleischteuerung ausgeführt? b) Welche Maßregeln denkt die Regierung im einzelnen zur Steigerung der inländischen Fleischproduktion zu treffen, um der Fortdauer oder baldigen Wiederkehr der Fleischteuerung vorzubeugen?

Die Volksparteiler fragen:

Ist die Regierung bereit, mit Rücksicht darauf, daß die bisher getroffenen vorübergehenden Maßnahmen gegen die Fleischteuerung unzulänglich sind und die Gemeinden nicht dauernd die außerhalb ihres Wirkungskreises liegende Aufgabe übernehmen können, in die Gestaltung der Lebensmittelpreise einzugreifen:

a) im Bundesrat für weitere Maßnahmen gegen die Teuerung, insbesondere für die Abänderung des Fleischbeschaugesetzes und der Aufhebung der Futtermittelzölle, einzutreten,

b) zwecks Steigerung der inländischen Fleischproduktion auf die Vermehrung des mittleren und kleineren bäuerlichen Besitzes durch zweckmäßig und nachdrücklich betriebene innere Kolonisation derart hinzuwirken, daß die Deckung des heimischen Fleischbedarfs durch die deutsche Viehzucht möglichst gesichert wird?

Der Reichskanzler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellationen bereit.

Abg. **Schiffer** (natl.):

Die Regierung konnte angesichts der Wucht der Tatsache nicht untätig bleiben, auch wenn der Bund der Landwirte bereits von dem Wege zu einer zweiten Aera Caprivi spricht. Gegenüber der Fleischnot mußten alle zulässigen und Erfolg versprechenden Maßnahmen ergriffen werden. Die Zulässigkeit beurteilen wir danach, ob sich die Maßnahmen im Rahmen der geltenden Schutzzollpolitik bewegen. Wir würden es für unverantwortlich halten, an dieser für die Entwicklung Deutschlands so erfolgreichen Politik zu rütteln. (Bravo rechts u. b. d. Natl.) Der Forderung des Deutschen Städtetages auf erleichterte Einfuhr von Gefrierfleisch können wir nicht zustimmen. Eine erhebliche Aenderung des Fleischbeschaugesetzes kann nicht in Frage kommen. Die wirksamste Maßnahme gegen die Teuerung ist die Durchführung der inneren Kolonisation. (Bravo! b. d. Natl.) Wenn wir die Viehproduzenten vermehren, vermehren wir die Viehproduktion, und es gibt noch viele Domänen, die parzelliert werden könnten. (Sehr wahr! links.) Natürlich muß auch der fortgesetzten Bildung neuer Fideikommisse entgegengetreten werden. (Bravo! links.) Der Fleischhunger und der Landhunger des Volkes muß endlich befriedigt werden. (Bravo! b. d. Natl.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19121026/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG